



AUF EIN WORT

Dass Florian Pronold – zukünftiger Landesvorsitzender der Bayern-SPD – die Rente mit 67 auf einmal doof findet, ist erstaunlich. Immerhin hat er 2007 namentlich dafür gestimmt. Aber jetzt, wo Gewerkschaften, Sozialverbände und LINKE gemeinsam eine Kampagne gegen die Rente mit 67 starten, will die SPD nicht ins Abseits geraten.

Die Debatte zeigt, wie wenig ernst die SPD ihre eigenen Gesetze nimmt. Im Gesetz ist eine Überprüfungs Klausel verankert, auf die Pronold hingewiesen hat. Würde die Rente mit 67 im Jahre 2010 ernsthaft auf ihre Arbeitsmarktwirkung für Ältere überprüft, kann die Konsequenz nur sein, diesen Unsinn zu lassen. Genau das fordert DIE LINKE in einem Antrag, der am 3. Juli im Deutschen Bundestag beraten wird.

Die Abstimmung am 3. Juli wird offenlegen, dass die Abgeordneten der SPD weiter blind hinter ihrem Vorsitzenden herlaufen. Die Abstimmung am 3. Juli wird zum öffentlichen Glaubwürdigkeitstest für die SPD.

Euer

SCHWERPUNKT: Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden - Bundestagswahlprogramm beschlossen

Mit einer überwältigenden Mehrheit hat der LINKE-Parteitag am 20. und 21.06. das Wahlprogramm zur Bundestagswahl beschlossen.

„Wir haben ein gutes Wahlprogramm verabschiedet“ schätzt Klaus Ernst das Wochenende ein. „Ein guter Entwurf, weil er sich an den Interessen der Menschen orientiert. Die Menschen sehen, dass wir sie davor schützen wollen, dass die Kosten der Krise auf ihrem Rücken abgeladen werden.“

In seiner Rede betonte der Fraktionschef der LINKEN im Bundestag Gregor Gysi, wie wichtig ein vernünftiger parteiinterner Kompromiss ist: „Das hat den großen Vorteil, dass wir besonders viele mobilisieren können, viel Wahlkampf zu führen, das Programm aktiv zu verteidigen. Und dann werden wir auch mehr Zustimmung bei den Bürgerinnen und Bürgern erreichen.“

Ausdruck der gestärkten Einigkeit ist auch der Aufruf für eine starke und gemeinsame LINKE „Es geht um reale Veränderungen – Für eine LINKE, die die Lage der Menschen verbessert“ von ehemaligen Mitgliedern der Steuerungsgruppe aus WASG und Linkspartei. Klaus Ernst, Erstunterzeichner des Aufrufs, betont die Wichtigkeit, sich in der Kri-



Klaus Ernst bei der Antragsberatung auf dem Bundeswahlparteitag.

senicht auseinandertreiben zu lassen. Der Aufruf steht unter www.starke-linke.de und kann dort online unterzeichnet werden.

DIE LINKE will mit Sofortmaßnahmen gegen die Krise zwei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen – durch Investitionen in Bildung, Umwelt sowie den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft. Ein gesetzlicher Mindestlohn, der bis 2013 auf 10 Euro die Stunde ansteigen soll, die Stärkung von Gewerkschaften und die Ausweitung der Mitbestimmung für Beschäftigte sind Elemente einer Initiative für Gute Arbeit.

Die Rente mit 67 soll abgeschafft werden – sie ist durch die Krise nur noch falscher geworden. Die gesetzliche Rente soll gestärkt werden, indem Selbstständige, Beamte und Politiker einbezogen sowie die Kürzungsfak-

toren abgeschafft werden. Im Gesundheitswesen soll eine Bürgerversicherung für alle eingeführt und Zuschläge abgeschafft werden.

Der Regelsatz für eine bedarfsdeckende Mindestsicherung soll auf 500 Euro steigen. Durch eine Millionärsteuer von fünf Prozent auf Privatvermögen von über einer Million Euro, eine Börsenumsatzsteuer sowie die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 53 Prozent können die Vorschläge der LINKEN finanziert werden.

IN DIESER AUSGABE
BUNDESTAGSWAHL
EDS-STREIK
SOZIALPASS SCHWEINFURT
RÜCKBLICK EU-WAHL

Klaus Ernst spendet Diätenerhöhung an „Schweinfurt hilft Schweinfurt“

Union und SPD haben am 16. November 2007 eine Erhöhung der Abgeordnetendiät zum 1. Januar 2008 auf 7.339 Euro (um 4,7 Prozent, 330 Euro) und zum 1. Januar 2009 auf 7.668 Euro (um 4,48 Prozent, 329 Euro) beschlossen. DIE LINKE belässt es nicht bei ihrem Nein zur Diätenerhöhung. Alle Mitglieder der Linksfraktion spenden die Nettosumme ihrer Diätenerhöhung seit Januar 2008. Klaus Ernst spendete deshalb 2008 insgesamt 1.800 Euro an die Stiftung Schweinfurt hilft Schweinfurt: „Zweck der Stiftung ist die Hilfe für Menschen in Not im Raum Schweinfurt, insbesondere durch Gewährung von Einzelfallhilfe“.

DGB und LINKE gemeinsam für ein gerechtes und soziales Europa

Im Vorfeld der Europawahlen haben sich DGB und DIE LINKE auf eine gemeinsame Erklärung zur Europapolitik verständigt, in der gefordert wird, sozialen Fortschritt als Ziel der Europäischen Union festzuschreiben, das Recht auf gleichen Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort zu verwirklichen. Die Erklärung wurde am 02.06.2009 von Michael Sommer, Frank Bsirske sowie Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Lothar Bisky der Öffentlichkeit vorgestellt.

Partei Vorstand beschließt Fortführung der Rentenkampagne

In seiner Sitzung am 08.06.2009 beschließt der Bundesvorstand der Partei DIE LINKE die Fortführung

GEWERKSCHAFT: EDS-Streik in Schweinfurt

17. Juni: es ist der sechste Streiktag für einen Haustarifvertrag gegen Entlassungen bei EDS.

Besonderheit des Streiks: ver.di und IGM zusammen führen den Streik – und die Zusammenarbeit funktionierte vorbildlich. Durch Zukäufe zum EDS-Konzern gibt es unterschiedliche Gewerkschaftstraditionen in den einzelnen Standorten. So wurde auch die ehemalige EDV-Abteilung von SKF an EDS verkauft.

Klaus Ernst betonte die Wichtigkeit des Streiks: „Ihr streikt, damit überhaupt verhandelt wird. Deshalb ist dieser Streik so wichtig.“ Besonders scharf

verurteilte Ernst die Versuche der Geschäftsführung, durch Besuche bei Mitarbeitern Streikbrecher zu gewinnen. „Das ist verwerflich und schändlich.“

Der Kreisverband Schweinfurt solidarisiert sich mit den Streikenden. Die Kreisvorsitzenden Frank Firsching und Carmen Starost betonen, wie wichtig ein grundsätzliches Umdenken in unserer Gesellschaft ist. „Weg

vom kurzfristig höchstmöglichen Profit und Spekulantentum hin zu nachhaltiger Unternehmensführung.“ ◀

Zum Redaktionsschluss waren die Tarifverhandlungen noch nicht abgeschlossen. Aktuelle Infos unter: www.dgb-schweinfurt.de



Klaus Ernst im Gespräch mit Streikenden bei EDS.

SCHWEINFURT: Sozialpass gegen Armut

Schweinfurt hat bayernweit die zweithöchste Kinderarmutsquote. Entsprechend hoch ist auch die Zahl der Hartz IV-Beziehenden. DIE LINKE im Schweinfurter Stadtrat will dieser Entwicklung mit einem Sozialpass entgegenzusteuern. Fragen an den Fraktionsvorsitzenden Frank Firsching.

Gibt es neben den oben genannten Punkten für Euch noch weitere Gründe für die Forderung nach Einführung eines Sozialpasses?

Klar ist, dass auch in Schweinfurt die monetäre Spaltung der Gesellschaft zunimmt. Wir wollen diese Entwicklung nicht und haben sie nicht zu verantworten! Dennoch sind wir alle aufgerufen Sorge zu tragen, damit alle am gesellschaftlichen Leben einer Stadt teilhaben können.

Was würde so ein Sozialpass beinhalten? Wer könnte ihn bekommen und was könnte damit erreicht werden?

Diese Fragen sind noch nicht abschließend entschieden. Die Zielgruppe des Sozialpasses ist entweder über eine Einkommensgrenze wie z.B. die Pfändungsfreigrenze zu bestimmen oder über Personengruppen wie z.B. Hartz IV-Bezieher und Sozialgeldempfänger. Beinhalten soll der Pass radikale Vergünstigungen in den Bereichen ÖPNV, Energie, Bildung, Sport und Kultur.

Wie habt ihr Euch die Umsetzung gedacht? Als kleine Fraktion im Stadtrat ist das ja nicht gerade einfach...?

Das ist richtig. Deshalb ist es unser Anliegen viele Bündnispartner zu gewinnen. Wir veranstalteten im

April eine Armutskonferenz, zu der einige Wohlfahrtsverbände und Organisationen kamen. Inzwischen sind



Frank Firsching, Vorsitzender der Linksfraktion im Stadtrat Schweinfurt.

wir dabei eine „Initiative Sozialpass Schweinfurt“ zu gründen bei der alle fünf Wohlfahrtsverbände, die DGB-Gewerkschaften, sowie die Kirchen ihre Mitarbeit zugesagt haben. Über gezielte Öffentlichkeitsarbeit soll dann Druck erzeugt werden um den Sozialpass noch 2009 durchzusetzen. ◀

SOZIALPOLITIK: Staatsgarantie für Sozialversicherungen

Auszug aus der Rede von Klaus Ernst zum Antrag der LINKEN, Kürzungen von Sozialleistungen nach der Wahl verbindlich auszuschließen. Die komplette Rede steht auf der Homepage.

„Allmählich werden die wahren Ausmaße dessen bekannt, was sich in unserem Land abspielt, und die wahren Zahlen werden offenkundig. Dem Gemeinschaftsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute zufolge haben wir im ersten Halbjahr 2009 mit einem negativen Wachstum - also mit dem Abbau der Wirtschaftsleistung - von 7,2 Prozent und im zweiten Halbjahr mit einem Minus von 4,8 Prozent zu rechnen. (...)

Das Handelsblatt schreibt am 27. April 2009: „Allein bei der Arbeitslosen- und

bei der Krankenversicherung addieren sich Fehlbeiträge von bis zu 50 Mrd. Euro bis Ende kommenden Jahres.“ 1,1 Millionen Kurzarbeiter kosten circa 9 Milliarden Euro. Wer soll das bezahlen?

Jetzt will die Kanzlerin Mehrwertsteuererhöhungen ausschließen. Das ist ja Klasse. Das hatten wir doch schon einmal, auch vonseiten der Sozialdemokraten. Ich habe die alten Flugblätter dabei, auf denen stand: ‚Merkel-Steuer, das wird teuer.‘ Oder: ‚Ich kann mir Angela Merkel nicht leisten.‘ Oder: ‚Ich koste 2 Prozent mehr.‘ Das war vor der Wahl. Nach der Wahl waren es dann aber 3 Prozent.

Vor der letzten Wahl haben die Sozialdemokraten gesagt: Es wird keine Hebraufsetzung des Renten-

eintrittsalters geben. Jetzt liegen wir bei einem Renteneintrittsalter von 67 Jahren. Glauben Sie denn, dass das, was Sie in Ihre Wahlprogramme schreiben, von der Bevölkerung wirklich ernst genommen wird? (...)

Ich kann Ihnen sagen: Die Bürger dieses Landes werden ernst nehmen, ob Sie tatsächlich bereit sind, eine Sozialstaatsgarantie abzugeben, und ob Sie bereit sind, vor der Wahl zu erklären: Nein, es gibt keine Sozialkürzungen. (...)

Wenn Sie das nicht tun, wissen die Bürger, dass Sie nach der Bundestagswahl im September die Rechnung für das präsentieren werden, was Sie jetzt noch verschleiern. Das ist die Wahrheit. Ich danke fürs Zuhören.“ ◀

der Rentenkampagne, die strategische Ausrichtung auf die Bundestagswahl sowie Mittel zur Produktion von Foldern, Rollbannern und einer Aktionspostkarte. Die neuen Materialien können demnächst unter www.die-rente-die-linke.de eingesehen und unter www.die-linke.de bestellt werden.

Erfolgreiche Anti-Hartz-IV-Konferenz in Berlin

Am 27.05.2009 lud die Bundestagsfraktion DIE LINKE über 100 Gäste aus den Wahlkreisen, Experten und Bündnispartner aus Gewerkschaften und Verbänden ein, um auf einer Konferenz Bilanz über die Aktivitäten der Fraktion gegen Hartz IV zu ziehen. Die Vorschläge der Bundestagsfraktion für eine bedarfsdeckende, repressionsfreie Mindestsicherung wurden diskutiert und erläutert. Auch in der nächsten Legislaturperiode wird sich die Fraktion weiter gegen Hartz IV und Lohndumping engagieren.

OECD-Bericht prognostiziert steigende Erwerbslosigkeit

Den aktuellen Bericht der OECD, nach dem in Deutschland ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 5 Millionen Menschen droht, nimmt Klaus Ernst zum Anlass, erneut eine parteiübergreifende Sozialstaatsgarantie zu fordern. „Ich fürchte, nach der Wahl wird ein Kassensturz ergeben, dass die große Koalition eine große Pleite im Staatshaushalt hinterlassen hat. Es droht der größte Wahlbetrug seit Bestehen der Bundesrepublik. Alle im Bundestag vertretenen Parteien müssen sich verbindlich dazu verpflichten, nach der Wahl weder Sozialleistungen zu kürzen noch neue Belastungen für Versicherte und Verbraucher zu erfinden.“

BAYERN: Gute Aktionen im Europawahlkampf

Der Europawahlkampf in Bayern hat Stärken und Schwächen aufgezeigt. Mit 2,3 Prozent ist das Ergebnis für DIE LINKE. Bayern sicherlich nicht so gut wie angestrebt.

In einigen Kreisverbänden wurden Schutzschirm-Aktionen durchgeführt und das neue Aktivierungskonzept angewandt. Die guten Erfahrungen sollen im Bundestagswahlkampf vertieft und erweitert werden.

Beispiel Coburg: viele Aktionen wurden im Rahmen des Aktivierungs-Wahlkampfes durchgeführt. Alle Beteiligten stellten fest, dass diese Einsätze sehr

gut bei der Bevölkerung ankommen und es konnten neue Aktivisten für die LINKE gewonnen werden.

Beispiel München: Ein viel beachteter Wahlkampfeinsatz war die ganztägige Schutzschirm-Aktion vor dem Hertie-Kaufhaus im

Stadtteil Giesing. Neben einem Transparent „Schutzschirm für die Menschen“ und einem Infostand wurden Flugblätter gegen die geplante Schließung von Hertie verteilt, die auf große Aufmerksamkeit und Zustimmung stießen. ◀



Farbige Würfel mit LINKEN Losungen beklebt fangen viele Blicke.



Klaus Ernst vor Ort:

02.07.2009, 14.00 Uhr, Berlin

Gespräch mit einer Schulklasse des Clavius-Gymnasiums aus Bamberg.

02./03.07.2009, Berlin

Klaus Ernst hält im Bundestag mehrere Reden, u.a. zur Rücknahme der Rente ab 67. Die genauen Zeiten finden sich zeitnah unter www.klaus-ernst-mdb.de.

06.07.2009, 19.00 Uhr, Ahlen

Über LINKE Antworten auf die Krise diskutiert Klaus Ernst im Bürgerzentrum Schuhfabrik, Königsstraße 7, 59227 Ahlen.

Krise bekämpfen, Gerechtigkeit und Gute Arbeit durchsetzen. Regionale Betriebs- und Personalrätekonferenz
München, 8. Juli 2009
 10.00 bis 15.30 Uhr

10.07.2009, 12.00 Uhr, München

Klaus Ernst diskutiert als bayrischer Spitzenkandidat auf der Podiumsdiskussion des DGB Bayern „klipp und klar“.

13.07.2009, 19.00 Uhr, Bad Neustadt

Der Kreisverband Main-Rhön eröffnet den Bundestagswahlkampf mit Grillen und Debatte (Sportheim, Holunderweg 10, 97616 Bad Neustadt).

15.07.2009, 19.00 Uhr, Würzburg

Klaus Ernst diskutiert beim „Höllischen Grillen“ mit Jugendlichen des BDJ Würzburg (Innenhof des Kilianeums, Haus der Jugend, Ottostr. 1, 97070 Würzburg).

21.07.2009, 18.00 Uhr, Aschaffenburg

Multimediale Diskussionsveranstaltung der IG Metall Jugend (kleines Haus des Casinos, Ohmbachsgasse 1, 63739 Aschaffenburg)

23.-25.07.2009, Berlin

50 Bürgerinnen und Bürger besuchen auf Einladung von Klaus Ernst Berlin.

25.07.2009, Schweinfurt

Aktion in der Schweinfurter Innenstadt, anschließend den Anti-Atom-Forum mit Klaus Ernst (Naturfreundehaus Schweinfurt, Friedrich-Ebert-Str. 1, 97421 Schweinfurt).

NEUES IM INTERNET:

Presse, Reden, Parlamentarisches

Es geht um reale Veränderung – Für eine Linke, die die Lage der Menschen verbessert. So der Titel des **➤Aufrufes Für eine Starke Linke**. Infos unter www.starke-linke.de

Neue Bilderserien online. In der Rubrik Galerie gibt es zahlreiche Bilderstrecken, darunter vom **➤Bundestagswahlparteitag der LINKEN** sowie vom **➤Empfang für Peter Sodann**, Kandidat der LINKEN zur Wahl des Bundespräsidenten.

Staatsgarantie für die Sozialversicherungen, forderte Klaus Ernst in einer **➤Rede im Bundestag**. Außerdem, dass Kürzungen bei Sozialleistungen auch nach der Wahl ausgeschlossen bleiben.

Solidarität mit den Beschäftigten von Karstadt! Zum Erhalt der Arbeitsplätze der Warenhauskette Karstadt fordert Klaus Ernst in einer **➤Solidaritäts-Erklärung** staatliche Bürgschaften – jedoch nur, wenn Be-

schäftigte und Betriebsrat weitgehende Mitbestimmungsrechte erhalten.

„Der Kapitalismus hat einen Infarkt“ – sagt Berthold Huber, Vorsitzende der IG Metall. Das **➤Interview** über die aktuelle Wirtschaftskrise, mehr Demokratie in Unternehmen und die Rente ab 67 Jahren.

NPD-Verbot jetzt! Unerträglich ist die Präsenz der NPD in Parlamenten und auf der Straße. Unerträglich ist ebenso, dass sich diverse Innenminister der Länder sowie des Bundes weigern, ihre V-Männer aus der Partei abzuziehen. **➤Ein NPD-Verbot ist überfällig**. Mehr dazu unter www.npd-verbot-jetzt.de.

„Die Schuldenbremse gefährdet die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Zukunft unserer Kinder“ sagen über 60 Professoren in einem gemeinsamen **➤Aufruf gegen eine Schuldenbremse im Grundgesetz**.

Impressum & Kontakt

ViSdP

Klaus Ernst (MdB)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon & eMail

Berlin: 030 - 22 77 03 67, Klaus.Ernst@bundestag.de
 Schweinfurt: 09721 - 730 9811, Klaus.Ernst@wk.bundestag.de
 München: 0151 - 25 12 42 54, Klaus.Ernst@wk2.bundestag.de

Internet

www.Klaus-Ernst-MdB.de

Klaus Ernst
aktuell

erscheint monatlich und kann kostenlos bestellt werden. Der Versand erfolgt per eMail.